

Pflegestimme - Bündnis aller Pflegekräfte e.V.  
E-Mail: [info@pfligestimme.de](mailto:info@pfligestimme.de)  
Internet: [www.pfligestimme.de](http://www.pfligestimme.de)



[pfligestimme.de](http://pfligestimme.de)

Samstag, 27. Februar 2021

Sehr geehrte Abgeordnete,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

als Verein Pflegestimme Bündnis aller Pflegekräfte e.V. begrüßen wir, dass im September 2020 die Gründung der Pflegekammer Baden-Württemberg vorerst auf Eis gelegt wurde.

Die Vertagung des kontrovers diskutierten Themas auf die nächste Legislaturperiode bedeutet allerdings auch, dass ein Ende vorerst nicht in Sicht ist. Hier verweisen wir auf unser Schreiben vom April 2020 [1].

Auf der Seite des Sozialministeriums [2] wird geäußert, dass eine Aufwertung der Pflege und des Pflegeberufes gewünscht ist.

In der Drucksache 15/7980 der 15. Wahlperiode, Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“, wird auf Seite 13 [2] folgendes geäußert „...Die Enquetekommission sieht es als notwendig an, dass die Pflege auf Augenhöhe mit den anderen Entscheidern im Gesundheitswesen agieren kann...“

Ein Gespräch auf Augenhöhe ist der Normalfall gegenseitiger Wertschätzung. Der Begriff Augenhöhe sollte daher für die Implementierung einer Pflegekammer nicht missbraucht werden.

Im Bezug auf die Stärkung des Berufes, schreibt die Enquetekommission [3] „... Es ist daher erforderlich, diese bei der Weiterentwicklung ihres Berufsbildes mit einzubeziehen. Eine Entscheidung über die Einrichtung einer Pflegekammer in Baden-Württemberg kann nicht ohne ein Votum der in der Pflege beschäftigten Personen getroffen werden...“

Eine repräsentative Befürwortung eines altertümlichen Konstruktes, ohne weiteren Nutzen, respektive Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Pflege, ist somit als obsolet zu führen.

Eine Pflegekammer ist definitiv nicht up to date.

Hinterfragt haben dürfte das von der befürwortenden Seite her keiner.

Für eine Pflegekammer allerdings gibt es seitens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Pflege, welche Pflichtmitglieder werden müssen, wohl nie eine echte Mehrheit.

Die im Vorfeld getätigte repräsentative Umfrage täuscht ein Ergebnis vor, welches es in dieser Form, bei adäquater vorhergehender Aufklärung so nicht gegeben hätte.

Vielmehr kann davon ausgegangen werden, dass eine Tatsachenverschleiernde Werbung zur Errichtung einer Pflegekammer, auch vom Landespflegerat Baden-Württemberg als Arbeitsgemeinschaft der Pflegeberufsorganisationen und des Hebammenwesens nebst seinen Mitgliedern, BekD e.V., BFLK, BLGS, Bundesverband Pflegemanagement Baden-Württemberg, DBfK, DGF, DPV, HV-BW, Katholischer Pflegeverband e.V., vfap, VPU, sowie der Württembergische Schwesternschaft vom Roten Kreuz e.V. geführt wurde.

Der Landespflegerat sowie die Verbände, welche hinter den Initiativen zur Einrichtung einer Pflegekammer stehen, haben es aus unserer Sicht in den Jahrzehnten ihres Bestehens nicht geschafft, durch Inhalte, durch einen Wert oder einen spürbaren Nutzen für die Pflegekräfte, Verbesserungen zu erreichen.

Auch die Politik - quer durch alle Parteien - war und ist seit Jahrzehnten, die bekannten Probleme in der Pflege nicht adäquat angegangen und hat diese wesentlich größer werden lassen. Privatisierungen und Ökonomisierung tun ihr übriges bei.

An dieser Stelle sei gesagt, dass wohl kaum ein Politiker eine Organisation (Pflegekammer) per Gesetzgebungsverfahren einrichtet, welche Forderungen an die jeweilige Politik stellen kann, geschweige, dann noch in der Lage wäre, diese auch durchzusetzen.

Hieran sehen Sie zum Beispiel, dass eine Pflegekammer kein geeignetes Instrument für Pflegefachkräfte ist. Und von einer Stimme für - Die Pflege - kann ebenfalls keine Rede sein.

Eine Pflegekammer würde die Probleme der Pflegenden nicht ansatzweise lösen.

Eher ist zu befürchten, dass sich die politisch Verantwortlichen durch die Errichtung einer Pflegekammer unter Verweis auf die scheinbare Aufwertung der Pflegeberufe, welche von den Verbänden propagiert wird, aus ihrer Verantwortung für echte Lösungen der genannten Probleme stehlen könnten.

In den Kammerversammlungen selbst, würden sich die ganze Vielfalt und die Positionen der Verbände widerspiegeln, die schon heute kennzeichnend für die Pflegeberufe sind. Dafür muss man die Pflegenden nicht zu Zwangsbeiträgen verpflichten.

Die schriftliche Abstimmung des Landespflegerates zur Selbstverwaltung der Pflege [4], zeigt ein eher manipulatives Vorgehen auf (Forderung mit JA zu stimmen), um ein weiteres Bürokratiemonster installieren zu können. Und das vermutlich ohne im Vorfeld ausreichende Informationen an die Mehrheit der Pflegefachkräfte weitergeleitet zu haben.

Auf Seite 2 wird seitens des Landespflegerates das Argument gewählt, eine Pflegekammer sei alternativlos.

**Dem ist mit Nichten so!**

Für Pflegefachkräfte sowie für - Die Pflege - im Ganzen gibt es durchaus Alternativen.

Da wäre zum einen eine freiwillige Vereinigung, ähnlich der Vereinigung der Pflegenden in Bayern.

Eine Arbeitnehmerkammer ist aber in jedem Fall das effektivere Instrument. Hierüber sollten Sie im Sinne der Pflegekräfte und aller Arbeitnehmer in Baden-Württemberg nachdenken. Es ist die eindeutig bessere Lösung.

Eine Arbeitnehmerkammer separiert und spaltet die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht. In einer Pflegekammer kann durchaus von einer weiteren Spaltung gesprochen werden, denn sie separiert von Beginn an.

Weshalb also sollen durch eine Pflegekammer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Pflege (Pflegefachkräfte) alleine und isoliert behandelt werden?

Das erschließt sich nicht und stößt auf größtes Misstrauen gegenüber den Fürsprechern einer Pflegekammer.

Weiter offenbart der Landespflegerat, nebst seinen Mitgliedern, in seiner strategischen Planung [5], sein formuliertes Ziel:

- *Verwirklichung der Selbstverwaltung der Pflegeberufe.*

Die Strategie zur Verwirklichung der Selbstverwaltung der Pflegeberufe ist den Worten nach die:

- *Forderung zur Errichtung einer Pflegekammer.*

Diese Vorgehensweise ist Bundesland übergreifend zu beobachten. Im Verlauf aber, bei bekannt werden bzw. bei Eintreffen der Beitragsbescheide, zieht dies völlig berechtigte Proteste nach sich. Hier anzuführen und als Beste Beispiele zu nennen sind Niedersachsen und Schleswig Holstein.

In Rheinland Pfalz bedarf es aufgrund der erfolgten Implementierung der Pflegekammer, anderer Wege.

Die Zufriedenheit mit der Pflegekammer Rheinland Pfalz, aus Sicht vieler Pflegekräfte aus diesem Bundesland, lässt nach unseren Informationen und Rückmeldungen uns gegenüber, mehr als zu wünschen übrig.

Zeigt aber auch klar auf, dass hier Posten erschaffen wurden, ohne für die Pflege Verbesserungen erwirken zu können.

Viele gute Gründe sprechen mehr denn je gegen eine Pflegekammer.

Die geplante Zwangsmitgliedschaft mit Zwangsbeitrag, eine Berufsgerichtsbarkeit für abhängig beschäftigte Pflegekräfte und der Ausschluss vieler Berufsgruppen sind nur einige Beispiele, weshalb auch wir uns vehement gegen eine Pflegekammer in dieser Form aussprechen.

**Wir weisen hiermit nochmals darauf hin, dass eine Arbeitnehmerkammer das effektivere Instrument ist.**

Hierüber sollten Sie im Sinne der Pflegekräfte, sofern Sie ehrliche Veränderungen anstreben, nachdenken.

Es ist ein anspruchsvoller und für die Gesellschaft wichtiger Beruf.

**Pflege ist ein Gesamtgesellschaftliches Problem!  
Die Aufwertung der Pflegeberufe ist längst überfällig.**

An dieser Stelle fordern wir Sie auf, statt über eine Pflegekammer nachzudenken oder sie gar einrichten zu wollen, eher die dringend notwendigen politischen Entscheidungen zur Verbesserung der Pflege auf den Weg zu bringen.

**Deshalb fordern wir Sie erneut auf, eine Pflegekammer NICHT per Gesetzgebung zu implementieren!**

Entscheidet sich der Landtag dennoch für die Errichtung einer Pflegekammer, wie mit dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehen, gibt es kein Wahlrecht mehr. Jede Pflegefachkraft, die in Baden-Württemberg tätig ist oder ohne Berufsausübung in Baden-Württemberg wohnt, wäre automatisch verpflichtet.

Und Proteste wie in Niedersachsen und Schleswig Holstein wären eine Folge ihrer Politik.

Mit freundlichen Grüßen

Pflegestimme - Bündnis aller Pflegekräfte e. V.

Quellen:

Pflegestimme – Bündnis aller Pflegekräfte e.V. Vereinsregister Amtsgericht Hildesheim  
v.i.s.d.p. Pflegestimme-Bündnis aller Pflegekräfte e.V.  
info@pflgestimme.de

1: Anhang: 2020-04-06-Positionspapier-Baden-Württemberg

2: <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/gesundheitspflege/pflege/pflegekammer-in-baden-wuerttemberg/>

3: [https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/7000/15\\_7980\\_D.pdf](https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP15/Drucksachen/7000/15_7980_D.pdf)

4: [http://www.lpr-bw.de/pdf/Befragung\\_Selbstverwaltung\\_Entwurf\\_DCC\\_\(2\)\\_DCC-rk\\_Optima\\_14-11-17.pdf](http://www.lpr-bw.de/pdf/Befragung_Selbstverwaltung_Entwurf_DCC_(2)_DCC-rk_Optima_14-11-17.pdf)

5: [http://www.lpr-bw.de/pdf/Strategische\\_Planung\\_010814.pdf](http://www.lpr-bw.de/pdf/Strategische_Planung_010814.pdf)



pflegestimme.de